

Kurzzusammenstellung

der

Anträge und Anfragen der Fraktionen und Einzelstadtratsmitglieder sowie der Verwaltung zum

Haushaltsplan 2015

- Verwaltungshaushalt -

	Einnahmen	Ausgaben
Abschluss des Hpl.-Entwurfs	351.844.555 €	351.844.555 €
= Ausgangssummen für die Beratungen		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
zu TOP 2	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				diverse diverse xxxx.4xxx.xxxx	<u>diverse Budgets</u> Der Beschluss zu TOP 2 "Stellenplan 2015" hat bei unveränderter Bestätigung der Ergebnisse des Sonderpersonalausschusses vom 14.11.2014 folgende Auswirkungen auf den Haushalt 2015: diverse Einnahmeerhöhungen (Kompensation) diverse Ausgabenminderungen (Kompensation) Personalausgaben	341.447	-35.750 768.010
1	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		xxxx.4440.xxxx	<u>Sozialversicherung Arbeitnehmer</u> Am 19.11.2014 hat die Bundesregierung die Absenkung des Rentenversicherungsbeitragssatzes von 18,9% auf 18,7% beschlossen. Der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung sinkt damit um 0,1%. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kürzungen bei den entsprechenden Budgets vorzunehmen. <i>Hinweis Käm: Die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitragssatzes wurde bereits beim Haushaltsplanentwurf berücksichtigt.</i>		-47.500
2	CSU		x			Die Finanzverwaltung wird beauftragt, die in 2014 neu eingeführten Kennzahlen sukzessive zu verfeinern und z.B. ämterspezifische Kennzahlen zu entwickeln. Dem Stadtrat ist entsprechend Bericht zu erstatten (z.B. im Rahmen der Budgetberichte). Hintergrund: Mit dem diesjährigen Haushalt wurden in den Budgets erstmals Kennzahlen eingeführt. Diese sind jedoch noch sehr allgemein gehalten (Bezug zur Einwohnerzahl), als erster Schritt aber ein guter Anfang in die richtige Richtung. Langfristiges Ziel soll sein, eine politische Steuerung durch sinnvolle und zielgenaue Kennzahlen - v.a. im Zeitverlauf und im interkommunalen Vergleich (z.B. bei Kitas: Einnahmen/Ausgaben pro Kind o.ä.) - und daraus entwickelte Ziele zu ermöglichen.		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
3	FDP			x	xxxx.4xxx.xxxx	<u>Personalausgaben</u> - Wird seitens der Kämmerin Einsparpotenzial im Bereich der Personalkosten durch Vergabe von Dienstleistungen an private Dritte gesehen? - Wenn ja, in welchen Bereichen wären solche Vergaben möglich (z.B. Gebäudereinigung, Straßenreinigung, Versorgung von Kindertagesstätten) und wie hoch wäre das Einsparpotential? - Sind Abläufe von Verwaltungsaufgaben zu vereinfachen, um Personalkosten zu sparen und für den Bürger Bürokratie-Abbau zu bringen und wie hoch wäre das Einsparpotential? Sind solche Untersuchungen beabsichtigt? <i>(Weiteres siehe hierzu auf beiliegender Anfrage vom 14.11.2014)</i>		
4	FDP			x	xxxx.4110.xxxx xxxx.4200.xxxx xxxx.4210.xxxx	<u>Versorgungsrücklage</u> <u>Versorgung - Beamte</u> <u>Versorgungsrücklage</u> • Wie hoch ist der aktuelle Rückstellungsbestand für Beamtenpensionen? • Wie werden sich die Kosten für Beamtenpensionen in den nächsten 5, 10 bzw. 15 Jahren nach Schätzung der Verwaltung voraussichtlich entwickeln? • Werden die im Haushalt vorgesehenen Zuführungen in die Rückstellung für Beamtenpensionen als ausreichend angesehen? • Sieht die Verwaltung langfristiges Einsparpotential, sofern die Zahl der städtischen Beamten reduziert und durch Angestellte ersetzt wird (z.B. bei städtischen Schulen)? <i>(Weiteres siehe hierzu auf beiliegender Anfrage vom 14.11.2014)</i>		
5	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	VmH41	x		xxxx.6799.5480	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten</u> Die gesamte 1. Priorität muss in die MIP aufgenommen werden wg. Dachsanierungen und Mängelbehebungen etc.. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 90</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Antrag bezieht sich auf die "Grüne Liste der nicht aufgenommenen Maßnahmen des besonderen Bauunterhalts" - Anhang an der Liste "Neue (nicht in der MIP) enthaltene Baumaßnahmen"</i> <u>Hinweis Käm:</u> Ggf. muss zur Enderstellung des Haushaltsplans 2015 der o.g. Gesamtbetrag entsprechend auf die einzelnen Budgets verteilt werden.		4.002.640

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
6	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	1	x		00000 3600.7005.0000	<u>Amtsbudgets</u> <u>Amtsbudget Direktorium</u> <u>Naturschutz und Landschaftspflege</u> <u>Zuschuss an Faschingsgesellschaften</u> Reduzieren auf 1.500 €		-1.000
7	CSU			x	01000	<u>Amtsbudget Referat I</u> Sachstand Einführung der Ehrenamtskarte?		
8	CSU		x		01010 4700.7001.0000	<u>U-Amtsbudget Referat I-Projektarbeit</u> <u>Förderung der freien Wohlfahrtspflege</u> <u>Zuschuss an das Freiwilligenzentrum (fr. Zentrum Aktiver Bürger)</u> Freiwilligenzentrum (ohne Verrechnung 5 %) <u>Anmerkung Käm (gilt auch für folgende lfd.Nrn. 9 und 10):</u> Aus dem Bereich der städtischen Treuhandstiftungen sind sichere Unterstützungszahlungen für das FZF in Höhe von 5.000 € p.a. möglich. Die Entnahme weiterer Stiftungsmittel wird bis zu den Haushaltsberatungen geprüft.		30.000
9	SPD		x		4700.7001.0000	<u>Zuschuss an das Freiwilligenzentrum (fr. Zentrum Aktiver Bürger)</u> Der jährliche Zuschuss an das Freiwilligenzentrum Fürth (FZF) soll dauerhaft um 20.000 € erhöht werden. Begründung: Im FZF engagieren sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in zahlreichen Aktivitäten, die mit Hilfe der Hauptamtlichen im FZF durchgeführt bzw. koordiniert werden. Um dieses Personal und damit diese Arbeit abzusichern und da überaus große Engagement dieser Menschen - haupt- und ehrenamtlich - zu unterstützen, muss die finanzielle Grundlage gefestigt werden. Ehrenamt ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft und darf nicht vernachlässigt werden. <u>Hinweis:</u> Sofern dem Antrag lfd.Nr. 8 zugestimmt wurde, ist die Abstimmung über diesen Einzelantrag entbehrlich.		20.000

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
10	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	5	x		4700.7001.0000	Zuschuss an das Freiwilligenzentrum (fr. Zentrum Aktiver Bürger) Zusätzliche Anhebung des Zuschusses und Ansatzerhöhung <i>Hinweis: Sofern dem Antrag lfd.Nr. 8 bzw. 9 zugestimmt wurde, ist die Abstimmung über diesen Einzelantrag entbehrlich.</i>		15.000
11	CSU		x		01020 5500.1102.0000 5500.1783.0000	<u>U-Amtsbudget Sportservice</u> <u>Allgem. Betreuung und Förderung der Leibesübungen</u> <u>Startgelder etc.</u> <u>Spenden, Sponsoring</u> Startgebühren beim Schülertriathlon werden aus Sponsoringmitteln getragen. <u>Anmerkung Käm:</u> Grundlage für die angegebenen Beträge ist der Ansatz 2015 für die Startgelder (HSt. 5500.1102.0000) Startgelder Schülertriathlon RE 2012: 2.224 €; 2013: 2.234 €; 2014: 2.716 € Spenden/Sponsoring Schülertriathlon RE 2012: 3.700 €; 2013: 3.250 €; 2014: 3.600 €	-2.500 2.500	
12	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	10		x	5500.7004.0000	<u>Zuschüsse zur Sportstättennutzung durch Vereine</u> Turnhallen: Ist die Liste vollständig? Es fehlen z.B. Humbser-Turnhalle und verschiedene Freiflächen/Sportplätze. <u>Anmerkung Käm:</u> Anfrage bezieht sich auf die Erläuterungen zum Budget 01020 zu o.g. HSt..		
13	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	11		x	5500.7006.0000	<u>Zuschüsse an Sportvereine (lfd. Zuwendungen)</u> Vorlage einer Liste über die Pachtbeträge der Vereine. Wie teilt sich die Pacht auf die Sportvereine auf? <u>Anmerkung Käm:</u> Anfrage bezieht sich auf die Erläuterungen zum Budget 01020 zu o.g. HSt.. „Verrechnung mit LA für verpachtete Flächen an Sportvereine: 12.530 €“		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
14	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	12		x	5501.4140.0000	<u>Metropolmarathon</u> <u>Vergütungen an Arbeitnehmer</u> Warum gibt es eine Erhöhung der Vergütung der Arbeitnehmer?		
15	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	30		x	06000 UA 0006	<u>Amtsbudget Referat VI</u> <u>Referat VI</u> Gibt es ein Konzept zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt?		
16	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	31	x		0006.6550.0000 <i>NEU</i>	Sachverständige, Gutachten u. ähnliche Kosten Ergebnisse der IDW-Studie (Institut der deutschen Wirtschaft) ankaufen und Arbeitsgruppe einrichten.		5.000
17	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	32		x	UA 0006 UA 7910	<u>Referat VI</u> <u>Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr</u> Was genau beinhaltet der Ausgabeposten "Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand"? <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Anfrage bezieht sich auf die Budgetstatistik (Deckblatt zum Budget 06000)</i>		
18	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	33		x	7910.6382.0000	Allgem. Wirtschaftsförderung (Projekt Neue Mitte) Warum wird die Neue Mitte noch in 2015 mit 50.000 € gefördert?		
19	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	2		x	13000 0240.1000.0000 0240.1170.0000	<u>Amtsbudget Bürgermeister- und Presseamt</u> <u>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</u> <u>Bürgerberatg./Verwaltungsgeb.</u> <u>Kostenbeitrag zur StadtZeitung</u> Woher generiert sich die Steigerung der Gebühren/Beiträge/Entgelte, von rund 39.000 € (2013) auf 53.000 € (2014 und 2015)?		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
20	Foli	1	x		0240.5218.0000 0240.6521.0000	<u>Betrieb der Multifunktionsgeräte (Bürokommunikation)</u> <u>Postgebühren etc.</u> Ein Teil der Einsparung durch die Einführung der elektronischen Sitzungseinladung mit Session kann bereits ab 2015 umgesetzt werden.		-1.800 -2.400
21	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	3	x		0240.5730.0000	<u>Information und Dokumentation</u> Keine neuen Stadtprospekte, sondern stattdessen Anschaffung neuer Prospektständer.		
22	Foli	2	x		13010 0204.6521.0000	<u>U-Amtsbudget Bürgermeister- und Presseamt/Stadtrat</u> <u>Stadtratsangelegenheiten, Gemeindeverfassung</u> <u>Postgebühren etc.</u> Ein Teil der Einsparung durch die Einführung der elektronischen Sitzungseinladung mit Session kann bereits ab 2015 umgesetzt werden.		-600
23	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	39	x		19000 0030.5730.0000	<u>Amtsbudget Gleichstellungsstelle, Frauenbeauftragte</u> <u>Gleichstellungsstelle, Frauenbeauftragte</u> <u>Information und Dokumentation</u> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 1 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt</i> <u>Begründung GST:</u> <i>Druck der Veranstaltungsprogramme mit erheblich gestiegenen Kosten.</i>		1.400

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
24	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	40	x		0030.6355.0000	<u>Eigenveranstaltungen</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 2 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt <u>Begründung GST:</u> Projekte (z.B. Frauennetzwerk Fürth, neue Aktionen für Frauenförderung)		3.200
25	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	4	x		0030.6355.0000	<u>Eigenveranstaltungen</u> Anhebung Budget 1 Billion Rising <u>Anmerkung Käm:</u> "One Billion Rising" ist eine weltweite Kampagne von Frauen für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen.		3.500
26	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	34		x	23100 7300.6340.0000	<u>U-Amtsbudget Märkte, Kirchweihen etc.</u> <u>Jahrmärkte</u> <u>Michaelis-Kirchweih</u> Woraus ergibt sich die Einsparung von rund 95.000 €? <u>Anmerkung Käm:</u> Rechnungsergebnis 2013: 395.364,19 €; Ansatz 2014 und 2015: 300.000 €		
27	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	35		x	7300.6356.0000	<u>Weihnachtsmarkt</u> Wodurch wird die Einsparung von 35.000 € ermöglicht? <u>Anmerkung Käm:</u> Rechnungsergebnis 2013: 100.653,95 €; Ansatz 2014 und 2015: 65.000 €		
28	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	36		x	7300.6356.1000	<u>Weihnachtsbäume im Stadtgebiet</u> Wofür werden die 25.000 € verausgabt? Antrag vorbehalten!		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
29	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	15		x	32000 1130.6382.0000	<u>Amtsbudget Amt für Umwelt, Ordnung u. Verbraucherschutz</u> <u>Umweltplanung</u> <u>Umweltprojekte und Öffentlichkeitsarbeit</u> Welche Projekte sind geplant?		
30	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	17		x	1130.6382.2000	<u>Solarprojekte und Öffentlichkeitsarbeit</u> Welche Projekte wurden 2013 realisiert? Aufstellung der Kosten		
31	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	16		x	1130.6385.0000	<u>Altlasten-Untersuchungen</u> Welche Untersuchungen gab es 2013?		
32	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	19		x	3600.4160.0000	<u>Naturschutz und Landschaftspflege</u> <u>Beschäftigungsentgelte</u> Bis wann gibt es einen 5. Naturschutzwächter?		
33	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	19	x		3600.4160.0000	<u>Beschäftigungsentgelte</u> Budget für mind. 5 Personen im Jahr 2015 auslegen, also ca. um 1.500 € erhöhen. <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Derzeit pro Naturschutzwächter 140 €/Monat, d.h. 1.680 €/Jahr</i>		1.500
34	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	21		x	3600.5100.0000	<u>Naturschutz und Landsch.pflege Vollzug</u> Um welche Maßnahmen handelt es sich?		
35	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	22		x	3600.5105.0000	<u>Naturschutz und Landsch.pflege Planung</u> Um welche Planungen handelt es sich?		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
36	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	20		x	3600.5620.0000	<u>Aus- und Fortbildung für Mitglieder der Naturschutzwacht</u> Ist der Ansatz ausreichend für eine Neu- und Biberschulung? Antrag vorbehalten! <u>Anmerkung Käm:</u> Rechnungsergebnis 2013: 0 €; Ansatz 2014 und 2015: je 540 €		
37	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	23		x	34000 0500.1000.0000	<u>Amtsbudget Standesamt</u> <u>Standesamt</u> <u>Verwaltungsgebühren</u> Gebühren/Beiträge/Entgelte Wie begründet sich die Reduzierung von 218.000 € auf 170.000 €? <u>Anmerkung Käm:</u> Rechnungsergebnis 2013: 218.855,19 €; Ansatz 2014 und 2015: je 170.000 € Derzeitiges Rechnungsergebnis 2014 (Stand: 21.11.2014): 184.236,29 €		
38	Foli	3	x		36010 1115.5309.0000 1115.6799.0200	<u>U-Amtsbudget Straßenverkehrsamt/VÜD</u> <u>Verkehrsüberwachung/Ordnungsdienst</u> <u>Mieten und Leasingentgelte</u> <u>Verrechnung ITK-Leistungen (Mehrungen)</u> Die Miet-, Leasing-, Pflegeverträge für die MDE's (Smartphones) wurden bis 2012 (Restzahlungen auch noch in 2013) von dieser HSt. bezahlt. Seit 2013 läuft die Abrechnung des neuen Vertrages über KommunalBIT und damit über das Sonderbudget 10700 einschließlich der internen Verrechnung. Hierbei werden insgesamt 2.600 €/Jahr an das U-Amtsbudget 36010 intern verrechnet. direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 122		-13.100 2.600
39	Nachtrag Verwaltung Rf.II/Käm		x		37010 1400.6350.0000	<u>U-Amtsbudget Katastrophenschutz</u> <u>Amt für Katastrophenschutz</u> Ausgaben für Kronacher und Friedrich-Ebert-Bunker Entspricht den Bunkereinnahmen auf HSt. 1400.1400.0000 u. 1400.1693.0000		6.800

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
40	Foli	4	x		1410.1600.1600 1410.6203.1600	<u>Sicherstellungs- und Katastrophenschutzgesetz</u> <u>Kostenerstattung vom Bund (Pauschale auf Standortebezug Kat.Schutz)</u> <u>Ausgaben in Bezug zur HSt. 1410.1600.1600</u> Die helfer- und fahrzeugbezogenen Kosten werden seit 2014 vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe pauschal erstattet (§ 13 und § 20 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 i.V.m. § 29 Abs. 3 ZSKG - Zivilschutz- und Katastrophenschutzgesetz). <i>Zusammenhang mit Amtsbudget 53000, HSt. 5010.1550.0000 (lfd.Nr. 75) und Sonderbudget 10650, HSt. 0601.1550.0000 (lfd.Nr. 85)</i>	4.300	4.300
41	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	7	x		40000 3320.7000.0000 3320.7180.0000	<u>Amtsbudget Schulverwaltungsamt</u> <u>Sing- und Musikschule Fürth</u> <u>Zuschuss Musikschule</u> <u>Zustiftung Musikschule</u> Sing- und Musikschule Fürth aus dem Amtsbudget Kulturamt (41000) herausnehmen und an das Amtsbudget Schulverwaltungsamt (40000) angliedern. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 57</i>		396.500 140.200
42	DIE LINKE		x		UA 3550	<u>Sonstige Volksbildung</u> <u>Fahrradfahrschule</u> Wir beantragen im Haushalt 10.000 € für die Errichtung einer Fürther Fahrradfahrschule einzustellen. Gleichzeitig beantragen wir eine Stelle im Stellenplan hierfür aufzunehmen. <i>(Weiteres siehe hierzu auf beiliegendem Antrag vom 03.11.2014)</i>		10.000
43	Foli	5	x		40020 2111.5810.1000	<u>U-Amtsbudget Grundschulen</u> <u>Grundschulen</u> <u>Lehr- und Unterrichtsmittel</u> Ab dem Jahr 2015/2016 startet in der Grundschule Soldnerstraße eine Ganztageesschule, hierfür werden 500 € an Lehr- und Unterrichtsmitteln benötigt (Höhe des Bedarfs ist analog der vorhandenen Ganztageesschulen).		500

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
44	SPD			x	2111.6799.5480	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten</u> Warum steigt der Haushaltsansatz um 1.7 Mio. € (Gebäudebewirtschaftungskosten)?		
45	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		2111.6799.5480	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten</u> Dachsanierung GS Frauenstraße, Verrechnung von HSt. 0600.1699.5480. Die Mittel werden im Gesamthaushalt über die Auflösung einer für die Sanierung gebildeten Rücklage in Höhe von 400.000 € kompensiert. <i>Direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 89 und Renner VmH, lfd.Nr. 76</i>		400.000
46	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	41	x		40040 2131.5209.1000	<u>U-Amtsbudget Mittelschulen</u> <u>Mittelschulen</u> <u>PC-Schadensmanagement</u> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 7 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt</i> <i><u>Begründung SchvA:</u> Die Rechnerausstattung in den Mittelschulen übersteigt in der Regel 7 bis 8 Jahre. Dadurch erhöht sich der Aufwand und der Reparaturansatz in der TCO (sog. Gesamtbetriebskosten) erheblich.</i>		9.100
47	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	6		x	2131.5213.1000	<u>Anschaffung von Schuleinrichtung (Ganztageszug MS Soldnerstr., Kiderlin u. Otto-Seeling)</u> Ist eine Aufstockung der Mittel für ergonomische Stühle in Ganztagsklassen erforderlich? Antrag vorbehalten!		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
48	Foli	7	x		2131.5810.1000	<u>Lehr und Unterrichtsmittel (für gebundene Ganztageszüge)</u> An den Mittelschulen Hans-Sachs-Str., Dr. -Gustav-Schickedanz-Schule und Otto-Seeling-Schule wurden aufgrund des steigenden Bedarfs 3 Übergangsklassen als gebundene Ganztagsklassen genehmigt. Pro Klasse wird ein Mehrbedarf von je 500 € für Lehr- und Unterrichtsmittel benötigt.		1.500
49	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	8		x	2131.5867.2200	<u>Essensgeld (MS Otto-Seeling-Schule)</u> Warum erhält nur diese Schule einen Zuschuss?		
50	Foli	6	x		2131.7000.2067 2131.7000.7067 2131.7000.8067	<u>Personalkostenzuschuss Stadt (Ganztageszug MS Otto-Seeling)</u> <u>Personalkostenzuschuss Stadt (Ganztageszug MS DGS)</u> <u>Personalkostenzuschuss Stadt (GTS MS Hans-Sachs-Str.)</u> In den Mittelschulen Otto-Seeling-Promenade, Dr.-Gustav-Schickedanz und Hans-Sachs-Str. werden im Schuljahr 2014/15 jeweils eine gebundene Ganztagschule für Übergangsklassen angeboten.		5.000 5.000 5.000
51	Foli	8	x		40050 2700.7000.1067 2700.7180.0000	<u>U-Amtsbudget Förderschulen</u> <u>Förderschulen</u> <u>Personalkostenzuschuss Stadt (gebundene GTS, FÖZ Nord)</u> <u>Zuschuss a.d. Ganztageschule im Förderzentrum Nord (Otto-Lilienthal-Schule)</u> Erhöhung durch die Teilung der 1. Klasse in 5 Klassen (vorher 4 Klassen) aufgrund des differenzierten Unterrichts.		5.000 4.500
52	CSU		x		40150 2210.5205.0000 2210.5213.0000	<u>U-Amtsbudget Leopold-Ullstein-Realschule</u> <u>Leopold-Ullstein-Realschule</u> <u>Anschaffung und Instandhaltung der allg. Gebrauchsgegenstände</u> <u>Anschaffung von Schuleinrichtung</u> Ullstein Schule, Ausstattung Hausmeisterwohnung + 9.000 € <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nrn. 8 und 9 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt		2.000 7.000

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
53	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	42	x		2210.6380.0000	<u>Schülerbeförderungskosten auf Unterrichtswegen</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 10 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt <u>Begründung SchvA:</u> Sportfahrten und Fußballklassen-Transport.		5.000
54	Foli	9	x		40270 2403.5815.0000	<u>U-Amtsbudget Martin-Segitz-Schule (BS III)</u> <u>Martin-Segitz-Schule</u> <u>Mietkosten Schule für Rundfunktechnik</u> Durch die Haushaltskonsolidierung wurde der urspr. Ansatz von 235.000 € auf 219.800 € reduziert. Die Rechnung über die Beschulung betrug bereits im HJ 2014 227.223,77 € und ist vertraglich geregelt. SchvA bittet deshalb den ursprünglichen HH-Ansatz von 235.000 € wieder einzustellen. <u>Anmerkung Käm:</u> Die Ansatzreduzierung im Haushalt 2014 beruht auf der Auflösung der pauschalen Budgetkürzung (Haushaltskonsolidierung 2010-2012, lfd.Nr. 54) und der pauschalen Sachmittelkürzung (Haushaltskonsolidierung 2010-2013, 1. Stufe, lfd.Nr. 15). Die o.g. HSt. wird beim Budgetabschluss budgetneutral behandelt, d.h. Minderausgaben gehen zugunsten und Mehrausgaben zulasten des Gesamthaushalts.		15.200
55	DIE LINKE		x		41000 3320.7000.0000	<u>Amtsbudget Kulturamt</u> <u>Sing- und Musikschule</u> <u>Zuschuss Musikschule</u> Wir beantragen die Förderung der Musikschule wieder wie im früheren Umfang, also vor den Kürzungen, aufzustocken. Wir beantragen in den bestehenden Vertrag die ursprünglich geförderte Wochenstundenzahl von 1000 Wochenstunden wieder einzusetzen. (Weiteres siehe hierzu auf beiliegendem Antrag vom 04.11.2014) siehe hierzu angehängte Stellungnahme von Rf. II und Rf. IV/K		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
56	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		3320.7180.0000	<u>Zustiftung Musikschule</u> Zustiftungsverpflichtung, Anpassung an Wirtschaftsplan 2015		-1.300
57	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	7	x		3320.7000.0000 3320.7180.0000	<u>Zuschuss Musikschule</u> <u>Zustiftung Musikschule</u> Sing- und Musikschule Fürth aus dem Amtsbudget Kulturamt (41000) herausnehmen und an das Amtsbudget Schulverwaltungsamt (40000) angliedern. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 41</i>		-396.500 -140.200
58	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	25	x		3430.5010.0000	<u>Kulturamt, sonst. Kulturarbeit</u> <u>Unterhalt Freilichtbühne</u> Aus dem Kulturamt herausnehmen und der Gebäudewirtschaft oder dem Grünflächenamt zuteilen. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nrn. 59 und 92</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Auf der o.g. HSt. wird der Unterhalt der Außenanlagen der Freilichtbühne finanziert. Dieser wird vom Grünflächenamt (im Auftrag der GWF) durchgeführt. Die finanzielle Abwicklung der Pflege und des Unterhalts von Außenanlagen erfolgt über das Sonderbudget 10670 und wird intern an die Ämter/Dienststellen weiterverrechnet.</i>		-4.900
59	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	25	x		3430.6799.1067 NEU	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten Außenanlagen</u> <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nrn. 58 und. 92</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>In Anlehnung der Verrechnung der Gebäudebewirtschaftungskosten (Freilichtbühne wird über UA 3430 abgewickelt).</i>		4.900
60	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	24	x		3430.7000.0000	<u>Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</u> Anhebung des Budgets für die freie Kulturszene um zusätzliche 10 % (= insgesamt 20 %)		13.980

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
61	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		41100 3431.7180.0000	<u>U-Amtsbudget Kulturforum</u> <u>Kulturforum</u> <u>Zustiftung Kulturforum</u> Zustiftungsverpflichtung, Anpassung an Wirtschaftsplan 2015		-4.200
62	SPD		x	x	42000 3520.6799.5480	<u>Amtsbudget Volksbücherei</u> <u>Volksbücherei</u> Gebäudebewirtschaftungskosten Volksbücherei: Einsetzen von Mietkosten für einen Umzug der Stadelner Zweigstelle - Prüfauftrag: Ist das vorgesehene Gebäude dafür geeignet? <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 91</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Mietausgaben fallen im Sonderbudget 10650 "Gebäudebewirtschaftung" an und werden über die Gebäudebewirtschaftungskosten (siehe HSt.) an die Vobü intern verrechnet. Davon sind die Gebäudebewirtschaftungskosten abzuziehen, die bisher für den alten Standort aufgewendet werden mussten.</i>		
63	SPD			x	47000 3213.6360.0000	<u>Amtsbudget Stadtarchiv und Stadtmuseum (StAM)</u> <u>Stadtmuseum</u> <u>Sonderausstellungen</u> Wie kann 2015 sichergestellt werden, dass Sonder-Ausstellungen weiterhin stattfinden können?		
64	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	26	x		3213.6360.0000	<u>Sonderausstellungen</u> Erhöhung des Budgets auf 10.000 €		5.500

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
65	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	43	x		3213.6360.0000	<u>Sonderausstellungen</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 14 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt		15.500
66	CSU		x		47010 3215.4160.0000	<u>U-Amtsbudget Rundfunkmuseum</u> <u>Rundfunkmuseum</u> Beschäftigungsentgelte und dgl. neues Konzept Vermietung RFM erfordert mehr Personal + 15.000 €		15.000
67	Foli	10	x		48000 3211.6335.0000	<u>Amtsbudget Städtische Galerie</u> <u>Städtische Galerie</u> <u>Werbung</u> Erhöhung des Ansatzes aufgrund höherer Plakatierungskosten.		1.800
68	DIE LINKE			x	50000	<u>Amtsbudget Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenh.</u> Wir beantragen Mitteilung der aktuellen Zahlen der 1. Zwangsräumungen 2. Stromsperrungen 3. Gassperrungen 4. Warteliste Sozialwohnungen 5. Anzahl ordnungsrechtlich untergebrachter Menschen, darunter Kinder 6. Leerstand (leerstehende Wohnungen) 7. Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz, aufgeteilt nach Altbau und Neubau Die Antwort, wie bisher auch, zusammen mit den Zahlen der vergangenen Jahre.		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
69	Die LINKE		x			Wir beantragen endlich die Zweckentfremdungssatzung/Leerstandsverbotsatzung einzuführen. (Weiteres siehe hierzu auf beiliegendem Antrag vom 02.11.2014)		
70	Foli	11	x		4700.7000.0000	<u>Förderung der freiwilligen Wohlfahrtspflege</u> <u>Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Vereine</u> Erhöhung des Zuschusses an die Caritas für die Betreuung der Asylbewerber. Diese ist begründet durch die Aufstockung der Asylbewerberbetreuung bei der Caritas von derzeit 1,5 Stellen auf 3,5 Stellen. <u>Anmerkung Käm:</u> siehe hierzu Stadtratsbeschluss vom 24.09.2014 - TOP 8.1		25.300
71	DIE LINKE		x		4700.7000.0000	<u>Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Vereine</u> Wir beantragen für Fliederlich e.V. 10.000 € im Haushalt einzustellen. (Weiteres siehe hierzu auf beiliegendem Antrag vom 06.11.2014)		10.000
72	Foli	12	x		4980.7887.0000	<u>Sonstige soziale Angelegenheiten - örtlicher Träger -</u> <u>Sozialticket</u> Stadtratsbeschluss v. 22.10.2014 i.H.v. 140 T€ zzgl. 10 T€ Verwaltungskosten (z.B. erhöhte Druckkosten für die Mobilitätstaler) aufgrund der Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr in Fürth ab 1.1.2015 und der daraus resultierenden Mehrausgaben.		150.000
73	DIE LINKE		x		4980.7189.0000 4986.7188.0000	<u>Behindertenrat</u> <u>Seniorenarbeit (zukünftig "Senioren- und Behindertenarbeit")</u> <u>Seniorenrat</u> Wir beantragen den jährlichen Zuschuss für Behinderten- und Seniorenrat um je 500 € zu erhöhen. Beide Einrichtungen leisten sehr gute Arbeit und sind sehr wichtig für die Fürther Bevölkerung. Im Wahljahr wurden die Zuschüsse bereits erhöht, dies soll dauerhaft so bleiben.		500 500

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
74	Nachtrag Verwaltung Rf. IV/SzA		x		4986.6385.0000 <i>NEU</i>	<u>Projektmittel</u> Zusätzliche Projektmittel für zukünftige "Fachstelle für Seniorinnen und Senioren und für die Belange für Menschen mit Behinderungen".		5.000
75	Foli	13	x		53000 5010.1550.0000	<u>Amtsbudget Betriebsärztlicher Dienst</u> <u>Betriebsärztlicher Dienst</u> <u>Einnahmen aus Verwaltungsleistungen</u> Für die betriebsärztliche Untersuchung der Helfer im Katastrophenschutz werden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe pauschal die Kosten erstattet (Ausgabe über HSt. 1410.6203.1600). <i>Zusammenhang mit Budget 37010, HSt. 1410.6203.1600 (lfd.Nr. 40)</i>	1.500	
76	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	27	x		63000 6130.7186.0000	<u>Amtsbudget Bauaufsicht</u> <u>Bauordnung</u> <u>Zuschüsse für Fassadenrenovierungen</u> Zuschüsse auf 25.000 € erhöhen.		10.000
77	CSU		x		66200 6800.1110.0000	<u>U-Amtsbudget Straßen, Brücken und Parkflächen</u> <u>Parkeinrichtungen</u> <u>Parkplatzgebühren</u> Einführung kostenloses Kurzparken 60 Min., siehe Bsp. Zirndorf, Teilkompensation durch Anpassung der Gebührenpflicht bis Ende der Ladenöffnungszeiten. <i>siehe hierzu angehängte Stellungnahme von Rf. V/TfA</i> <i>geschätzte Mindereinnahmen insgesamt: ca. 954 T€</i>		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
78	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	44	x		67000 3600.5110.5800	<u>Amtsbudget Grünflächenamt</u> <u>Naturschutz und Landschaftspflege</u> <u>Sachkosten CEF-Maßnahmen (z.B. Brunnenunterhalt)</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 37 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt		4.000
79	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	45	x		5600.5403.0000 NEU	<u>Sportplätze und Übungsstätten</u> <u>Öffentliche Bolzplätze - Schließdienst</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 38 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt		10.000
80	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	46	x		5800.6799.0200	<u>Grünflächenamt</u> <u>Verrechnung ITK-Leistungen (Mehrungen)</u> <u>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 123</u> <u>Anmerkung Käm:</u> Antrag bezieht sich auf die lfd.Nr. 40 auf der Antragsliste der im Haushaltsplanentwurf 2015 nicht aufgenommenen Anträge der Dienststellen auf Budgetveränderungen - Verwaltungshaushalt Sofern auf der o.g. HSt. ein Ansatz beschlossen wird, ist der Ansatz auf HSt. 0610.6799.0200 im Zentralbudget 20940 entsprechend zu reduzieren.		2.500
81	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	28		x	85000 UA 6110	<u>Amtsbudget Stadtentwicklung/Konversion/Technologietransfer</u> <u>Sachgebiet Stadtentwicklung/Untere Landesplanungsbehörde</u> Wo sieht sich die Stadt in 10, 20, 30 Jahren?		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
82	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	29	x		6110.xxxx.xxxx	<u>Personal- und Sachausgaben</u> Stabstelle schaffen als Schnittstelle für Vision Fürth 2030; Einrichtung einer offenen Arbeitsgruppe		100.000
83	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	38		x	6110.7170.0000	<u>Wirtschaftsförderung</u> Projektentwicklungskosten Was genau ist darin enthalten? Welches Projekt wird hier entwickelt?		
84	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	37	x		6110.7171.0000	City-Management Erhöhung des Zuschusses an Vision Fürth e.V. um 10 %		9.000
85	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		10600 0601.1550.0000	<u>Sonderbudgets</u> <u>Sonderbudget Zentrale Verwaltungsdienste</u> <u>Gebäudebetreuung</u> Einnahmen aus Verwaltungsleistungen Pauschaler Kostenersatz des Bundes für insb. Fuhrparkunterbringung im Bereich Katastrophenschutz (Ausgabe über HSt. 1410.6203.1600) <i>Zusammenhang mit Budget 37010, HSt. 1410.6203.1600 (lfd. Nr. 40)</i>	2.800	
86	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		0601.2201.1000	<u>Netzentgeltrabatte (Strom, Gas)</u> Einnahmen aus nachträglichen Rabatten auf Netzentgelte	35.000	
87	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		0601.6799.5480	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten</u> Zusammenhang mit SB 10650, HSt. 0600.1699.5480 (lfd.Nr. 88)		876.500

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
88	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		10650	<u>Sonderbudget Gebäudewirtschaft</u>		
						<u>Gebäudebewirtschaftung</u>		
					0600.1400.0000	<u>Mieten u. ä.</u>	-99.900	
					0600.1529.0000	<u>Sonstige Einnahmen aus der Vermietung</u>	3.500	
					0600.1699.5480	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten (Verrechnung)</u>	876.500	
						Verrechnung auf SB 10600, HSt. 0601.6799.5480 (lfd.Nr. 87)		
					0600.5010.0000	<u>Allgemeiner Bauunterhalt</u>		-253.500
						Teilweise Übernahme in Besonderen Bauunterhalt		
					0600.5011.0000	<u>Besonderer Bauunterhalt</u>		755.000
						Maßnahmen insb. im Bereich Schulen, Aufarbeitung Sanierungsstau		
					0600.5019.0000	<u>Sonstiger Unterhalt (Sicherheitsauflagen/Brandschutz)</u>		-78.600
					0600.5030.0000	<u>Technischer Unterhalt</u>		-700
					0600.5090.0000	<u>Unterhalt von Außenanlagen</u>		24.300
					0600.5144.0000	<u>Unterhalt Denkmäler</u>		5.300
					0600.5160.0000	<u>Unterhalt Brunnen/Uhren</u>		9.100
					0600.5300.0000	<u>Mieten</u>		-40.600
					0600.5400.0000	<u>Unterhaltsreinigung, Glasreinigung, Sonderreinigung</u>		1.200
					0600.5410.0000	<u>Grundabgaben etc.</u>		23.100
					0600.5420.0000	<u>Heizöl</u>		-31.500
					0600.5421.0000	<u>Fernwärme</u>		34.600
					0600.5441.0000	<u>Strom</u>		-241.800
						Auswirkungen des neuen Liefervertrags für Strom und Gas		
					0600.5442.0000	<u>Gas</u>		-142.100
						s. o.		
					0600.5450.0000	<u>Wasser</u>		-5.300
					0600.5460.0000	<u>Gebäudeversicherungen</u>		4.100
					0600.5490.0000	<u>Sonstige Gebäudebewirtschaftungskosten</u>		24.000
					0600.6750.0000	<u>Leistungsverrechnung mit GWF</u>		743.000
						Ausgleichsposition für GWF-Wirtschaftsplan. Steigerung aufgrund beschlossener Neueinstellungen im Technischen Bereich (d.h. Personalkosten).		
					0600.7180.0000	<u>Zustiftung (Technisches Rathaus/Rathaus-Südflügel)</u>		-49.500
						Zustiftungsverpflichtung, Anpassung an Wirtschaftsplan 2015		
						<i><u>Anmerkungen Käm:</u> Nach dem vorliegenden Plan ergibt sich eine haushalts-relevante Kostensteigerung von 876.500 € (vgl. 0600.1699.5480). Maßgebliche Gründe sind beschlossene Personalneueinstellungen und damit zusammenhängend die Aufnahme von neuen bzw. bislang zurückgestellten Projekten im Besonderen Bauunterhalt (vgl. 0600.5011.0000 und 0600.6750.0000). In vielen anderen</i>		

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
						<i>Bereichen werden Kostensenkungen erreicht (Strom, Gas, Allg. Bauunterhalt). Hinzukommen soll noch die Sanierung des Dachs der GS Frauenstraße (hierzu lfd.Nrn. 45 und 89)</i>		
89	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		0600.1699.5480 0600.5011.0000	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten (Verrechnung)</u> Verrechnung auf Amtsb. 40020, HSt. 2111.6799.5480. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 45</i> <u>Besonderer Bauunterhalt</u> Dachsanierung GS Frauenstraße, Deckung über Rücklage <i>(siehe Renner VmH lfd.Nr. 76)</i>	400.000	400.000
90	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	VmH41	x		0600.1699.5480 0600.5011.0000	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten (Verrechnung)</u> <u>Besonderer Bauunterhalt</u> Die gesamte 1. Priorität muss in die MIP aufgenommen werden wg. Dachsanierungen und Mängelbehebungen etc.. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 5</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Antrag bezieht sich auf die "Grüne Liste der nicht aufgenommenen Maßnahmen des besonderen Bauunterhalts" - Anhang an der Liste "Neue (nicht in der MIP) enthaltene Baumaßnahmen"</i>	4.002.640	4.002.640
91	SPD		x		0600.1699.5480 0600.5300.0000	<u>Gebäudebewirtschaftungskosten (Verrechnung)</u> <u>Mieten</u> Volksbücherei: Einsetzen von Mietkosten für einen Umzug der Stadelner Zweigstelle <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 62</i>		
92	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	25	x		10670 0675.1699.1067 0675.5490.0600	<u>Sonderbudget Gebäudewirtschaft Außenanlagen</u> <u>Gebäudewirtschaft</u> <u>Leistungsverrechnung GBK Außenanlagen</u> <u>Aufw. Grünpflege - Sachkosten</u> <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nrn. 58 und 59</i>	4.900	4.900

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
93	Foli	14	x		10700 0200.1694.xxxx 0200.6750.0000	<u>Sonderbudget Kommunalen Betrieb für Informationstechnik</u> <u>Informationstechnik</u> <u>Verrechnung ITK-Leistungen KommunalBIT</u> <u>Leistungsverrechnung</u> <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 121</i>	-319.000	-319.000
94	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	47		x	50520	<u>Sonderbudget Asyl./Bürgerkrieg</u> Vorlage aktueller Sachstandsbericht: Welche Änderungen haben sich aufgrund der aktuellen Situation ergeben? Anpassungen erforderlich?		
95	Foli	15	x		50550 4820.7001.0000	<u>Sonderbudget SGB II (Hartz IV)</u> <u>Hartz IV</u> <u>Kostenerstattung eines Frauenhausaufenthaltes gem. § 36 a SGB II</u> Erstmalig mussten 2014, aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen, für die sozialpädagogische Betreuung von Frauen im Frauenhaus diverse kommunale Kostenerstattungen geleistet werden (2014 ca. 62.000 €). Eine Kostenschätzung für 2015 ist schwierig. Deshalb wird ein Ansatz von 50.000 € vorgeschlagen.		50.000
96	Foli	16	x		51500 4557.1611.0000 4557.7714.0000	<u>Sonderbudget Erzieherische Hilfen</u> <u>Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform</u> <u>Kostenerstattung vom Land für Asylbewerber und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge</u> <u>Hilfen vom Land für Asylbewerber und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge</u> Die zu erwartende Zuweisung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge hat sich gegenüber früheren Prognosen nahezu verdoppelt.	1.000.000	1.000.000

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
97	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	9		x	51510 4641.5300.0000	<u>Sonderbudget Zuschuss an Kindertagesstätten freier Träger u.ä.</u> <u>Kindergärten freier Träger</u> <u>Mieten und Pachten</u> Zuschüsse Waldorfkindergarten: Wodurch ist der Zuschussbedarf zu begründen? Warum steigt der Bedarf? Antrag vorbehalten! <u>Anmerkung Käm:</u> In den Erläuterungen zum Budget 51510 steht zu o.g. HSt.: „Für den Waldorf-Kindergarten in Dambach (74 €) sowie Erbbauzins für KiG St. Christophorus (bis 2012 im Amtsbudget 51250 enthalten).“		
98	Foli	17	x		4646.7052.0000	<u>Kinderhorte (frei, gemeinnützige Träger)</u> <u>Zuschüsse an Kinderhorte</u> Wegfall der Bezuschussung der Container-Miete durch Fertigstellung der Kinderkrippe im Ortsteil Vach (Zedernstr. 7).		-29.300
99	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	48		x	70500 7200.2831.0000	<u>Sonderbudget Müllabfuhr (vorm. 15500)</u> <u>Müllabfuhr</u> <u>Entnahme aus Rückstellungen für UA 7200</u> Für 2014: 1.165.720 €. Wie sieht der tatsächliche Wert aus? Höhe der Rückstellungen 2014?		
100	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		81500 6700.5703.0000	<u>Sonderbudget Straßenbeleuchtung, Uhren, Brunnen</u> <u>Straßenbeleuchtung</u> <u>Besondere Entgelte (Straßenbeleuchtung)</u> Anpassung an Infra-Daten für 2015, Senkung Stromeinkaufspreis		-55.000

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
101	FDP			x	20910	<u>Zentralbudgets</u> <u>Zentralbudget Steuern, allgem. Zuweisungen, Finanzausgleich</u> - Können durch die Ausweisung neuer Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser die Steuereinnahmen verbessert und die Ansiedlung neuer Betriebe gefördert werden? - Gibt es Schätzungen zu den möglichen Steuereinnahmen durch den Ausbau der Wohngebiete in Oberfürberg? <i>(Weiteres siehe hierzu auf beiliegender Anfrage vom 14.11.2014)</i>		
102	DIE LINKE			x	9000.0030.0000	<u>Zuweisungen/Umlagen</u> <u>Gewerbsteuer</u> Wie jedes Jahr beantragen wir auch heuer eine Aufschlüsselung der Gewerbesteuer nach den einzelnen Branchen.		
103	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				9000.0030.0000	<u>Gewerbsteuer</u> Anpassung Gewerbesteuereinnahmen an aktuelle Entwicklungen. <i>Sachlicher Zusammenhang mit Nr. 107</i>	593.000	
104	DIE LINKE		x		9000.0030.0000	<u>Gewerbsteuer</u> Wir beantragen den Hebesatz der Gewerbesteuer maßvoll um 15 %-Punkte zu erhöhen. Also von 440 auf 455. Dies entspricht ca. 1,2 Mio. €. Gleichzeit beantragen wir die damit generierten Mehreinnahmen für den ÖPNV zu verwenden, um die Fahrpreiserhöhungen zum 01.01.2015 abwenden zu können. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 116</i>	1.200.000	
105	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				9000.0100.0000	<u>Einkommensteueranteil</u> Anpassung an neue Schlüsselzahl.	500.000	

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
106	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				9000.0510.0000	<u>Bedarfszuweisungen</u> Abbildung der gewährten Stabilisierungshilfe.	4.000.000	
107	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				9000.8100.0000 9000.8101.0000	<u>Gewerbesteuerumlage</u> <u>Gewerbesteuerumlage (Erhöhungsbetrag)</u> Anpassung an aktuelle Entwicklung. <i>Sachlicher Zusammenhang mit Nr. 103</i>		47.000 46.000
108	Foli	18	x		9000.8320.0000	<u>Bezirksumlage</u> Anpassung an aktuelle Umlagekraft; Annahme: keine Hebesatzänderung		345.100
109	Foli	19	x		20920 1300.7130.0000	<u>Zentralbudget Beteiligungen, Mitgliedschaften, etc.</u> <u>Feuerlöschwesen</u> <u>Umlage an den Zweckverband Integrierte Leitstelle (ILS)</u> Anpassung des Haushaltsansatzes aufgrund des nunmehr vorliegenden Haushaltsplanentwurfs 2015.		18.400
110	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm				3212.7185.2000	<u>Jüdisches Museum Fürth</u> <u>Jüdisches Museum Franken (Zustiftung)</u> Anpassung an Wirtschaftsplan 2015 inkl. Vortrag von Schadensbeseitigung aus Überspannungsschäden 2014		21.000
111	Foli	20	x		3500.7001.0000	<u>Volkshochschule</u> <u>Betriebszuschuss an die Volkshochschule</u> Anpassung des Haushaltsansatzes an den nun vorliegenden Wirtschaftsplan 2015.		-600
112	Foli	21	x		7915.7130.0000	<u>Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (ZVGN)</u> <u>Umlage an den Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Nürnberg</u> Anpassung an den Haushaltsplanentwurf 2015, inkl. Rückerstattung 2013.		12.700

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
113	Foli	22	x		7920.7150.0000	<u>Gewerbehof Südstadt</u> <u>Verlustausgleich an die Gewerbehof Fürth GmbH (complex)</u> Anpassung an den nun vorliegenden complex-Jahresabschluss 2013.		-10.900
114	Nachtrag Verwaltung Rf. II/Käm		x		8100.2102.0000	<u>Elektrizitätsversorgung</u> <u>Jahresausschüttung Solarpark Atzenhof</u> Anpassung an die aktuelle Planung.	-20.000	
115	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	13 14	 x	x	UA 8170	<u>infra fürth</u> Wie wirken sich die Investitionen der infra für das Stadelner Hallenbad auf den Verwaltungshaushalt der Stadt Fürth aus? Antrag vorbehalten!		
116	DIE LINKE		x		8170.2102.0000	<u>Gewinne aus Vorjahren</u> Wir beantragen den Hebesatz der Gewerbesteuer maßvoll um 15 %-Punkte zu erhöhen. Also von 440 auf 455. Dies entspricht ca. 1,2 Mio. €. Gleichzeitig beantragen wir die damit generierten Mehreinnahmen für den ÖPNV zu verwenden, um die Fahrpreiserhöhungen zum 01.01.2015 abwenden zu können. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 104</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Die Beibehaltung des ÖPNV-Fahrpreises wirkt sich auf die Gewinnabführung von der infra fürth gmbh aus, d.h. diese verringert sich (2015: geplant 850 T€). Dies würde sich aber erst im Haushalt 2016 auswirken.</i>		
117	Nachtrag Verwaltung Rf.II/Käm				8170.2200.0000	<u>Konzessionsabgabe infra fürth gmbh laufendes Jahr</u> Anpassung an Infra-Prognose inkl. zu erwartender Rückforderung aus 2014	-340.000	
118	Nachtrag Verwaltung Rf.II/Käm				8170.2202.0000	<u>Konzessionsabgabe Buslinienverkehr lfd. Jahr</u> Erstmalige Veranschlagung aus dem neuen Konzessionsvertrag Buslinienverkehr	460.000	

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
119	Foli	23	x		20921	<u>Zentralbudget Elan gGmbH</u> <i><u>Jugendsozialarbeit</u></i> Umsetzung FA/StR-Beschluss vom 22.10.2014 "Zielvereinbarung 2015"		
					4521.7150.0000	<u>Betriebszuschuss Elan gGmbH</u> Der Basiszuschuss wird künftig auf einer Haushaltsstelle abgebildet.		164.800
					4521.7151.0000	<u>Maßnahmen der Jugendberufshilfe</u> Der Basiszuschuss wird künftig auf einer Haushaltsstelle abgebildet.		-159.790
					4521.7150.1000 (neu)	<u>Projektzuschüsse Elan gGmbH</u> Die bisher einzeln abgebildeten Projektzuschüsse werden aus Gründen der Flexibilität zu einem "Topf" zusammen gefasst.		129.600
					4521.7152.0000	<u>Projektzuschuss Kompetenzagentur an Elan gGmbH</u>		-61.100
					4521.7155.0000	<u>Projektzuschuss an Elan gGmbH ("Mathildenstraße 17")</u>		-13.700
					4521.7158.0000	<u>Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)</u>		-18.000
120	Foli	24	x		20930	<u>Zentralbudget Zinsen</u> <i><u>Kredite inkl. Schuldendienst</u></i> <u>Zinseinnahmen aus Trägerdarlehen (Stadtentwässerung)</u> Tilgung in 2014 = 0,5 Mio. € (Plan 4,7 Mio. €); Anpassung der Verzinsung auf Stand Trägerdarlehen zum 31.12.2014.	27.000	

Lfd. Nr.	Antragsteller	Nr.	Antrag	Anfrage	Budget-Nr. HSt.		Einnahmen - € -	Ausgaben - € -
121	Foli	25	x		20940 0200.6794.xxxx (NEU)	Zentralbudget Sonstige Finanzangelegenheiten <u>Informationstechnik</u> <u>Verrechnung ITK-Leistungen KommunalBIT</u> <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 93</i> <u>Anmerkung Käm:</u> <i>Diese Verringerung der Verrechnung von ITK-Leistungen wird im Haushaltsvollzug bei den jeweiligen Budgets entsprechend gekürzt.</i>		-319.000
122	Foli	26	x		0610.6799.0200	<u>Gebäudebetreuung</u> <u>Verrechnung ITK-Leistungen (Mehrungen)</u> Verringerung des Ansatzes, da Mittelverschiebung bei U-Amtsbudget 36010 i.H.v. 2.600 € auf HSt. 1115.6799.0200. <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 38</i>		-2.600
<u>123</u>	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	46	x		0610.6799.0200	<u>Verrechnung ITK-Leistungen (Mehrungen)</u> <i>direkter Zusammenhang mit lfd.Nr. 80</i>		-2.500

Kurt Georg Strattner
Stadtrat

Glockenstraße 49
90765 Fürth
Tel. + Fax 7906138

Kurt Georg Strattner, Glockenstraße 49, 90765 Fürth

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
Rathaus
90744 Fürth
Fax 974 1005

OBERBÜRGERMEISTER			
1.8. NOV. 2014			
D/PM	D/VZ		
BMPA	GE		
RpA			Unterschrift/Rückspr.
Ref. II			Unterschrift vorlegen
Ref. IV			Unterschrift v. Absendung vorlegen
Ref. VI	intra		Termin

14.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Angesichts der ständig wachsenden Personalkosten und der Tatsache, dass diese Position mit fast 100 Millionen Euro einen der Hauptposten im Haushalt ausmacht, sehen wir als FDP in diesem Bereich dringenden Einsparbedarf.

Ich bitte daher die Verwaltung zu prüfen und folgende Anfragen zu beantworten:

- Wird seitens der Kämmerin Einsparpotential im Bereich der Personalkosten durch Vergabe von Dienstleistungen an private Dritte gesehen?
- Wenn ja, in welchen Bereichen wären solche Vergaben möglich (z.B. Gebäudereinigung, Straßenreinigung, Versorgung von Kindertagesstätten) und wie hoch wäre das Einsparpotential.
- Sind Abläufe von Verwaltungsaufgaben zu vereinfachen, um Personalkosten zu sparen und für den Bürger Bürokratie-Abbau zu bringen und wie hoch wäre das Einsparpotential. Sind solche Untersuchungen beabsichtigt?

Mit freundlichen Grüßen



Kurt Georg Strattner

Kurt Georg Strattner
Stadtrat

Glockenstraße 49
90765 Fürth
Tel. + Fax 7906138

Kurt Georg Strattner, Glockenstraße 49, 90765 Fürth

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
Rathaus
90744 Fürth
Fax 974 1005

OBERBÜRGERMEISTER			
1 8. NOV. 2014			
D/PM	D/VZ		AK
BMPA	GGF		EWK
RpA	RpA		Entsch. v. d. Ratspr.
Ref. II	Ref. II		Entsch. v. d. Ratspr. vorlegen
Ref. III	Ref. III		Entsch. v. d. Ratspr. vorlegen
Ref. VI	Infra		Termin

14.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ansichts der demographischen Entwicklung steht zu befürchten, dass die Stadt Fürth mit steigenden Pensionsverpflichtungen für Ihre Beamten belastet wird.

Ich bitte daher die Verwaltung zu prüfen und folgende Anfragen zu beantworten:

- Wie hoch ist der aktuelle Rückstellungsbestand für Beamtenpensionen?
- Wie werden sich die Kosten für Beamtenpensionen in den nächsten 5, 10 bzw. 15 Jahren nach Schätzung der Verwaltung voraussichtlich entwickeln?
- Werden die im Haushalt vorgesehenen Zuführungen in die Rückstellung für Beamtenpensionen als ausreichend angesehen?
- Sieht die Verwaltung langfristiges Einsparpotential, sofern die Zahl der städtischen Beamten reduziert und durch Angestellte ersetzt wird (z.B. bei städtischen Schulen)?

Mit freundlichen Grüßen

Kurt G. Strattner

Kurt Georg Strattner

Gruppe DIE LINKE.**im Fürther Rathaus**

- Stadtrat Ulrich Schönweiß
- Stadträtin Monika Gottwald

Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dielinkegruppefuertth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER		
07. NOV. 2014		
D/PM	D/VZ	z.K.
BMPA	GST	z.B.V.
RpA	Ref. I	ausg. od. Stellungnahme/Rückspr.
Ref. II	Ref. III	ausg. od. Unterschrift vorliegen
Ref. IV	Ref. V	Lsg. Antwort vor Absendung vorliegen
Ref. VI	infra	Termin

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 03.11.2014

Antrag zu den Haushaltsberatungen und Stellenplan
Förderung des Fahrradverkehrs – Gründung einer Fahrradfahrschule v.a. für Erwachsene

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

wir beantragen im Haushalt 10.000.-- € für die Errichtung eine Fürther Fahrradfahrschule einzustellen.

Gleichzeitig beantragen wir eine Stelle im Stellenplan hierfür aufzunehmen.

Diese Fürther Fahrradfahrschule soll sich an Erwachsene richten.

Oft haben Erwachsene das Fahrradfahren verlernt, sodaß sie dies, beginnend bei der Schulung des Gleichgewichtssinnes, erst lernen müssen. Es werden daher entsprechende Roller zum Erlernen des Gleichgewichtssinnes benötigt.

Weiterhin ist auch eine gewisse Sicherheit beim Fahrradfahren nötig, die möglicherweise nach jahrelangem gewohnheitsmäßigen Autofahren auch wieder erlernt werden muß.

Auch MigrantInnen können oft nicht Fahrradfahren, wären eine Zielgruppe.

Auch müßte eine Kraft zumindest auf 400.-- €-Basis bezahlt werden, die die Schulungen übernimmt.

Hierfür soll eine Stelle ausgeschrieben werden.

Nach unserer Kenntnis lernen die Kinder in Schulen das Fahrradfahren. Sofern jedoch auch hier Bedarf bestehen sollte, sollte dies selbstverständlich auch die neu Fürther Fahrradfahrschule mitübernehmen.

Mit freundlichen Grüßen,
Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus

Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

Gruppe DIE LINKE.**im Fürther Rathaus**

- Stadtrat Ulrich Schönweiß
- Stadträtin Monika Gottwald

Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER		
11. NOV. 2014		
DIPLO	DAME	21
GRUPPA	GES	21
Ref. I	Ref. I	Unterschrift vorlegen
Ref. II	Ref. II	Unterschrift vorlegen
Ref. III	Ref. III	Unterschrift vorlegen
Ref. IV	Ref. IV	Unterschrift vorlegen
Ref. V	Ref. V	Unterschrift vorlegen
Ref. VI	Ref. VI	Unterschrift vorlegen

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 04.11.2014

Antrag zu den Haushaltsberatungen
Musikschule wie im früheren Umfang fördern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

wir beantragen die Förderung der Musikschule wieder wie im früheren Umfang, also vor den Kürzungen, aufzustocken.

Wir beantragen in den bestehenden Vertrag die ursprünglich geförderte Wochenstundenzahl von 1000 Wochenstunden wieder einzusetzen.

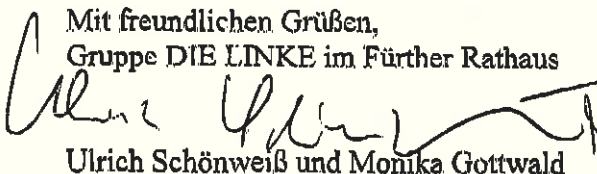
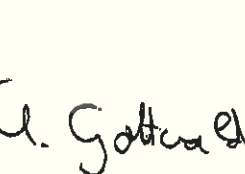
Die Musikschule ist die bundesweit einzige inklusive Musikschule.

Die Musikschule hat sich inzwischen einen überregionalen positiven Ruf erworben, ist somit inzwischen ein Aushängeschild für die Stadt Fürth.

Die Musikschule leistet eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie zeigt auf, wie insbesondere junge Menschen sinnvoll und mit Lustgewinn ihre Zeit nutzen können.

Es besteht somit auch ein indirekter finanzieller Nutzen für die Stadt.

Mit freundlichen Grüßen,
Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus

 
Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

Antrag zum Verwaltungshaushalt

Fraktion/Gruppe	Budget HH-Stelle	Bezeichnung
DIE LINKE	41000 3320.7000.0000	Zuschuss Musikschule

Antrag:

Wir beantragen die Förderung der Musikschule wieder wie im früheren Umgang, also vor den Kürzungen, aufzustocken.

Wir beantragen in den bestehenden Vertrag die ursprünglich geförderte Wochenstundenzahl von 1.000 Wochenstunden wieder einzusetzen.

(Weiteres siehe hierzu auf beiliegendem Antrag vom 04.11.2014)

Stellungnahme (Rf. II):

Die Deckelung der Vollzeitstellen und die Eingruppierung der Lehrkräfte sind als ausdrücklich dauerhafte Ergebnisse aus den damaligen Verhandlungen mit der Musikschule hervorgegangen und wurden dementsprechend lt. Vertragsunterzeichnung von der Musikschule Fürth e.V. akzeptiert. Die mit der Musikschule abgestimmte Beschlussvorlage für die Stadtratssitzung am 19.05.2010 besagt: „Die Musikschule akzeptiert dauerhaft die Deckelung von den bisher vertraglich gewährten 1000 Wochenstunden auf 900 Stunden ...“ und „mit einer Herabsenkung der bisherigen Basis der Berechnung für die Lohnsteigerungen von Entgeltgruppe 10 Stufe 4 auf Entgeltgruppe 9 Stufe 4 bis 2017 und ab 2018 auf Entgeltgruppe 9 Stufe 3 ist die Musikschule einverstanden.“ Letzteres ist insbesondere dem geschuldet, dass die Eingruppierung von Musikschullehrern die korrekte Eingruppierung ist. Der Durchschnitt der Musikschullehrer ist der Stufe 3 zugewiesen. Es war damals ausdrücklicher Wunsch der Musikschule, dass die Stadt Fürth noch bis 2017 auf Basis der Stufe 4 rechnet, damit die Musikschule eine Übergangszeit hat, um sich darauf einzustellen.

Als Gegenleistung für diese dauerhaften Kürzungen wurde die Vertragsdauer auf 10 Jahre festgelegt (und eine anschließende Verlängerung des Vertrages automatisch um 12 Monate falls keine Kündigung erfolgt). Somit hat die Musikschule Planungssicherheit erhalten.

Im Gegensatz zu den anderen Verbänden/Vereinen, bei denen die 10 % - Kürzung bisher nur mit 5 %-Punkten rückgängig gemacht wurde (bei den Haushaltsberatungen soll über weitere 5 %-Punkte entschieden werden) hat die Musikschule 10 % mehr Geld bereits ab 2014 wieder bekommen: Der Zuschuss des Jahres 2010 in Höhe von 350.293,34 € wurde exakt um 10 % gekürzt und für die Jahre 2011 bis 2013 auf 315.264,- € eingefroren. Bereits ab dem Jahr 2014 werden jedoch wieder, wie vertraglich vereinbart, die Entgeltsteigerungen des öffentlichen Dienstes bezahlt. Die Tarifierhöhung in 2013, die am 21.3.2014 ausbezahlt wurde, hat 32.864,70 € ausgemacht, und entspricht der fast vollständigen Rückgängigmachung der 10 % - Kürzung. Im Jahr 2014 hat also erstmals seit 2011 die Zuschusserhöhung wieder stattgefunden und es wurde ein Mehrbetrag von 32.864,70 € ausbezahlt. 2015 werden wieder (lt. Vertrag) Tarifierhöhungen ausbezahlt werden und dementsprechend wird sich der Basiszuschuss - auf voraussichtlich 396.516 € - erneut erhöhen. Bei den anderen Verbänden/Vereinen wird dagegen nur der ursprüngliche Zuschussbetrag wieder gewährt.

Da wir Stabilisierungshilfen erhalten, dürfen wir die freiwilligen Leistungen ohnehin nicht erhöhen.

Stellungnahme (Rf. IV/K):

Vorgeschichte:

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden der Musikschule lt. Stadtratsbeschluss pro Jahr zum Basiszuschuss für 1.000 Wochenstunden jeweils nachträglich zusätzlich ein Ausgleich für die Tarifierhöhungen (Personalkostensteigerungen) gewährt. Um diesen Betrag erhöhte sich im Folgejahr der Ansatz für den Basiszuschuss. Aufgrund der beschlossenen Haushaltskonsolidierungsrunden und des Auslaufens der bestehenden Vereinbarung wurde in der neuen Vereinbarung vom 25.05.2010 festgehalten, dass in den Jahren 2011 bis 2013 der Basiszuschuss, um 10% gekürzt, auf 315.264 € eingefroren wird, kein Ausgleich für die Tarifierhöhungen erfolgt und ab 2014 nur noch für 900 Wochenstunden (= 30 VZ-Stellen á 30 Stunden) die Tarifierhöhungen ausgeglichen werden.

Stand 2014:

Der Ausgleich der Tarifierhöhungen wurde 2014 erstmals wieder, und dies für 900 Wochenstunden i.H. von 32.900 € gewährt. Um diesen Betrag erhöhte sich dann der HH-Ansatz (=neuer Basiszuschuss) für 2014: Gesamt 348.164 €.

HH-Ansatz 2015:

Der errechnete Tarifierhöhungsausgleich für 2014 geleistete 900 Wochenstunden beträgt 48.387 €, wodurch sich ein Ansatz für 2015 i.H. von 396.500,- € ergibt, die so im HH-Plan 2015 eingestellt sind. Der Tarifierhöhungsausgleich für 1.000 Wochenstunden (tatsächlich wurden 1.043 Wochenstunden geleistet) würde 53.757,62 € betragen, wodurch sich ein Ansatz für 2015 i.H. von 401.886,32 € (*Anmerkung Käm: gerundet 401.900 €*) ergäbe, also 5.370,62 € (*Anmerkung Käm: gerundet 5.400 €*) mehr.

Zusammenfassend:

Der kürzungsbedingte Wegfall des Ausgleichs der Personalkostensteigerung ist ab 2014 wieder zurückgenommen worden, nicht aber die 10 %-ige Kürzung des Basiszuschusses auf 315.264 €. Die Personalkostensteigerungen sind auf 900 Wochenstunden gedeckelt (geleistet werden über 1.000). Der Basiszuschuss wird jährlich um die Personalkostensteigerung erhöht.

Anmerkung Käm:

Beschluss Haushaltskonsolidierung 2010 bis 2013 (2. Stufe), Nr. 62 – 10 %ige Kürzung, d.h. um 35.029 € ab 2011

Gruppe DIE LINKE.**im Fürther Rathaus**

- Stadtrat Ulrich Schönweiß
- Stadträtin Monika Gottwald

Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dielinkegruppefuertth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER		
11. NOV. 2014		
DPM	DAZ	z.z.
BRPA	LEP	z.z.
Ref. I	Ref. I	antrag um Stellungnahme/Nachtrag
Ref. II	Ref. II	antrag um Stellungnahme/Nachtrag
Ref. IV	Ref. V	keine Antwort vor Absendung vorlegen
Ref. VI	Infia	termin

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 02.11.2014

Antrag zu den Haushaltsberatungen
Zweckentfremdungssatzung / Leerstandsverbotssatzung endlich einführen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

wir beantragen endlich die Zweckentfremdungssatzung / Leerstandsverbotssatzung einzuführen.

In der Stadtratssitzung vom 23.07.2014 wurde eine entscheidungsreife Satzung vorgelegt.

Bei der Verwaltung wird sich für die Erarbeitung bedankt.

Es gibt keinen Grund, weshalb diese Satzung nicht verabschiedet werden können sollte.

Die Satzung läßt sehr viele Ausnahmen zu und ist sehr vermietterfreundlich.

Im Übrigen stellt kein Hindernis dar, wenn Vermieter die eigene Wohnung unbewohnbar machen sollten, was wohl ein Bedenken war und der Grund für eine Verschiebung.

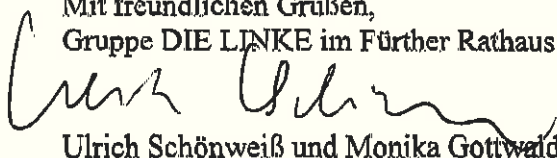
Zunächst würden wir ein solches Verhalten niemals Vermietern unterstellen.

Zudem wäre dies ein klarer Fall einer Zweckentfremdung. In § 4 Absatz 1 Nr. 2 heißt es, daß eine Zweckentfremdung insbesondere dann vorliegt, wenn baulich derart verändert oder in einer Weise genutzt wird, dass er für Wohnzwecke nicht mehr geeignet ist.

Auch in anderen Städten werden entsprechende Satzungen eingeführt.

Es gibt keinen Grund noch zu warten.

Mit freundlichen Grüßen,
Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus

 
Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

Anlagen:

- mail von Fliederlich vom August 2014

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte Die Linke Fürth,

der Einzugsbereich von Fliederlich e.V. als schwullesbischem Zentrum umfasst die komplette Metropolregion. Unsere Räume befinden sich in Nürnberg, unsere Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen werden aber auch von Personen aus den Nachbarstädten genutzt. Insofern handelt es sich beim ‚SchwulLesBischen Zentrum von Fliederlich e.V.‘ um eine Metropolstelle, vergleichbares existiert in Mittelfranken an keinem anderen Ort.

Vor diesem Hintergrund erlauben wir uns für das Jahr 2015 einen
Zuschuss in Höhe von 10.000,00 Euro
für unsere Projekte und Arbeit zu beantragen.

Nach aktuellem Stand und bei Realisierung der unten aufgeführten Projekte ergibt der Finanzierungsplan für 2015 eine Deckungslücke von insgesamt 124.700,00 Euro, die wir durch Fördergelder decken müssen. Hierfür bitten wir um Unterstützung durch die Stadt Erlangen.

Ich erlaube mir Ihnen zu Ihrer Information Unterlagen zu unseren Projektplanungen für 2015 und den Finanzierungsplan in Übersicht zuzusenden.

- Im Finanzierungsplan berücksichtigte Punkte für 2015:

Durch unsere tägliche Arbeit sehen wir besonders in den Bereichen „**Schule-Jugend-Bildung**“ und im Bereich „**Senioren**“ Handlungsbedarf. Siehe die beiliegenden Konzepte.

- Nicht im Finanzierungsplan berücksichtigte Punkte:

Weiterer Handlungsbedarf besteht bei der Verbesserung der **Situation von homosexuellen Asylbewerber_innen**. In den Unterkünften kommt es zu Übergriffen auf diese Personen. Auch hier sehen wir uns eigentlich in der Pflicht zu handeln.

Die Situation von **Homosexuellen mit Migrationshintergrund** ist durch Ängste geprägt, zum Teil sogar durch Bedrohung aus der eigenen Familie. Hier stehen wir vor dem Problem keine sichere Übergangsunterkunft mit spezifischer Minimalbetreuung anbieten zu können.

- Bündnis gegen Trans- und Homophobie: Die Büroabwicklung der laufenden Bündnisarbeit wird bei Fliederlich stattfinden und muss von der vorhandenen Personalstelle zusätzlich erledigt werden.

- Personalsituation:

Aktuell verfügt Fliederlich e.V. über eine halbe Personalstelle zur Bearbeitung der verschiedenen Tätigkeitsfelder.

Suche nach neuen Räumen:

Da unser Mietvertrag gekündigt ist, sind wir auf der Suche nach neuen Räumen. Bei der Suche berücksichtigen wir auch eine „**Notfallunterkunft zur kurzfristigen Unterbringung**“ von **Jugendlichen im Coming Out oder unter Umständen von homosexuellen Asylbewerber_innen**. Ich bitte um Verständnis, dass für diesen Punkt noch kein konkretes Konzept vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen
i. A. Michael Glas
Geschäftsführer

Fliederlich e.V. - Schwulesbisches Zentrum Nürnberg
gemeinnütziger Verein
Breite Gasse 76, 90402 Nürnberg
Büro: Montag 12-14 Uhr & Mittwoch 11-14 Uhr
Telefon 0911-42 34 57 0
Fax 0911-42 34 57 20
www.fliederlich.de

- mail vom September 2014 von Fliederlich:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Informationen zu unserem **Zuschussantrag** (Mail vom 13. August) sende ich Ihnen noch **Kurzinformationen** zu. Es entstanden Fragen ob die Projektsachkosten im Antrag berücksichtigt sind und welche Stellenzahl zugrunde liegt:

Unser Finanzantrag geht von insgesamt 2,4 Vollzeitstellen aus.
Aktuell hat Fliederlich 0,4 Vollzeitstellen (Verwaltung/Geschäftsführung und neu das Bündnis gegen Homophobie).
Zusätzlich liegen dem Antrag 2 Vollzeitpersonalstellen (1 x Seniorenarbeit, 1x Jugendarbeit) zugrunde.

Die beantragten Finanzmittel beziehen sich allerdings auf die Projektfinanzierung insgesamt. Berücksichtigt sind Mittel für die dann zusammen 2,4 Personalstellen (Vollzeit) und geschätzte Mittel für Sachkosten der Projekte wie Bürokosten, Materialkosten und ggfs. Honorar- und/oder Reisekosten (Beträge noch allerdings noch völlig offen) für Referent_innen.

Zum Thema Senioren erlaube ich mir einen **Beitrag der Pressebeilage „sechs+sechzig“** anzuhängen. Der Artikel erschien in der aktuellen Ausgabe und befasst sich mit dem Thema „Homosexualität und Alter“.

Weiterhin freue ich mich, mitteilen zu können, dass wir **neue Räume** gefunden haben. Bedingt durch Kündigung müssen wir leider umziehen. Unsere neuen Räume sind ab 1. November in der Sandstraße 7 – Souterrain – in Nürnberg zu finden.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Glas
Geschäftsführer

Fliederlich e.V. - Schwulesbisches Zentrum Nürnberg
gemeinnütziger Verein
Breite Gasse 76, 90402 Nürnberg
Büro: Montag 12-14 Uhr & Mittwoch 11-14 Uhr
Telefon 0911-42 34 57 0
Fax 0911-42 34 57 20
www.fliederlich.de

Antrag zum Verwaltungshaushalt

Fraktion/Gruppe	Budget HH-Stelle	Bezeichnung
CSU	66200 6800.1110.0000	Parkplatzgebühren

Antrag:

Einführung kostenloses Kurzparken 60 Min., siehe Bsp. Zirndorf,
Teilkompensation durch Anpassung der Gebührenpflicht bis Ende der Ladenöffnungszeiten.

Stellungnahme (Rf. V/TfA):

Auszug aus dem Internet-Auftritt der Stadt Zirndorf:

An allen blauen Parkscheinautomaten in der Zirndorfer Innenstadt erhalten Sie einen Parkschein mit 15 Freiminuten und das so oft Sie wollen. City-Card-Inhaber können außerdem durch Einführen der Karte in den Kartenleser eines Parkscheinautomaten einmal pro Tag ein kostenfreies Ticket für die Höchstparkdauer entnehmen und so kostenlos in der Zirndorfer Innenstadt parken!

Für die Ermittlung der Einnahme-Ausfälle wurden die Erfahrungen des SMS-Parkens herangezogen.

Sieht man diese Umsätze als repräsentativ an, würden bei einer Umsetzung des Vorschlags 75 % der Parkgebühren entfallen. Bezogen auf die Einnahmen von 2013 wären dies ca. 988.000 €/a.

Eine Teilkompensation dürfte bei ca. 34.000 € liegen, da auch hier die kostenlose Parkzeit in Anspruch genommen werden kann.

Die Rücknahme der Parkregelung bis 20:00 Uhr führte bereits 2013 zu einer Reduzierung der Einnahmen um ca. 134.000 €.

Für die Parkzeiten ist das SVA zuständig!

Kurt Georg Strattner
Stadtrat

Glockenstraße 49
90765 Fürth
Tel. + Fax 7906138

OBERBÜRGERMEISTER		
18. NOV. 2014		
D/PM	D/VZ	PK
BMPA	GUT	
RpA	RpA	... zur Baugenehmigung/Rückspr.
Ref. II	Ref. II	... der Baugenehmigung vorlegen
Ref. IV	Ref. IV	... der Baugenehmigung vorlegen
Ref. VI	Ref. VI	... der Baugenehmigung vorlegen

Kurt Georg Strattner, Glockenstraße 49, 90765 Fürth

14.11.2014

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
Rathaus
90744 Fürth
Fax 974 1005

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

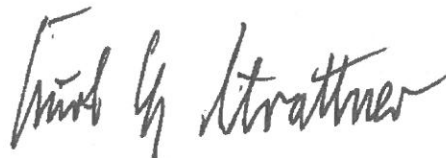
Die derzeit verbesserte Haushaltssituation ist unter anderem in der guten Wirtschaftssituation und der damit einhergehenden Steuereinnahmen sowie den niedrigen Zinsen begründet. Ob gerade die Steuereinnahmen in dieser Höhe weiter zufließen werden, ist fraglich.

Ich bitte daher die Verwaltung zu prüfen und folgende Anfragen zu beantworten:

- Können durch die Ausweisung neuer Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser die Steuereinnahmen verbessert und die Ansiedlung neuer Betriebe gefördert werden?
- Gibt es Schätzungen zu den möglichen Steuereinnahmen durch den Ausbau der Wohngebiete in Oberfürberg?

Wer neue Arbeitsplätze und Betriebe in Fürth ansiedeln will, muss für die Fachkräfte Angebote machen. Diese Personen mit höherem Einkommen zahlen auch höhere Steuern und haben sich bisher mangels Grundstücken für freistehende Einfamilienhäuser in Fürth-Land angesiedelt.

Mit freundlichen Grüßen



Kurt Georg Strattner